

STADTENTWICKLUNGSAUSSCHUSS

Auszug
aus der nichtunterzeichneten Niederschrift
der Sitzung vom 31.01.2017

Zu Punkt 6.2
(öffentlich)

"Kommunaler KlimaschutzNRW" im Operationellen Programm NRW 2014 - 2020 für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung "Investitionen in Wachstum und Beschäftigung" (OP EFRE NRW) - Emissionsfreie Innenstadt

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 4292/2014-2020

Zu diesem TOP wurde heute ein Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten mit folgendem Beschlussvorschlag eingereicht:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig Vorschläge zu unterbreiten, mit welchen Maßnahmen die NO_x-Belastung am Jahnplatz zeitnah relevant reduziert werden kann. Diese Maßnahmen sollen die Umsetzung der unter 2. genannten mittelfristigen Entwicklungsvorgaben nicht beeinträchtigen.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der vorliegenden gutachterlichen Stellungnahmen (Verkehrskonzept) und der Vorschläge zur Gestaltung (Innenstadtkonferenz) einen Prozess zu entwickeln, in dem unter Beteiligung interessierter Dritter und relevanter Akteure ein Konzept zur nachhaltigen Umgestaltung und Weiterentwicklung des Platzes erarbeitet wird. Dabei sollen folgende Vorgaben beachtet werden:*
 - a. *Eine Verkehrsführung mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Dabei müssen die Wechselwirkungen auf das verkehrliche Umfeld einbezogen werden.*
 - b. *Die Verkehrssicherheit verbessern, insbesondere für Fußgänger und Radfahrer.*
 - c. *Die Option für eine oberirdische Stadtbahnführung erhalten.*
 - d. *Eine Möblierung als Ort eines vorübergehenden Aufenthaltes, mit Informationsangeboten über Wegebeziehungen.*
 - e. *Eine Beleuchtung zur Steigerung der Sicherheit und der städtebaulichen Gestaltung.*
 - f. *Das Einbeziehen von Maßnahmen zum städtischen Klimaschutz und zur Klimaanpassung.*
 - g. *Vorkehrungen für die Nutzung als Ort für wechselnde Events im Auftrag Dritter.*

- h. Sicherstellung eines behindertengerechten Toilettenangebots (ggfs. unterirdisch).*
- i. Zur Refinanzierung sind Förderkulissen zu prüfen und bei Relevanz, deren Vorgaben einzubeziehen.*

Herr Fortmeier weist darauf hin, dass heute in der Vorbesprechung vereinbart wurde bezüglich des Koalitionsantrages eine 1. Lesung durchzuführen.

Herr Fortmeier schlägt vor einen Beschluss zu fassen, dass die Stadt Bielefeld sich für das 1. Antragsfenster bewirbt. Aus der Vorlage ergibt sich, dass die Einreichfrist für das 1. Antragsfenster am 16.03.2017 endet. Die nächste Sitzung dieses Ausschusses findet am 14.03.2017 statt. Wenn dann erst ein Beschluss gefasst wird, wäre es zu spät um noch die Einreichfrist zu erreichen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung sich für das 1. Antragsfenster zu bewerben.

- einstimmig beschlossen -

Herr Franz erläutert den eingereichten Koalitionsantrag. Dieser stehe im Kontext zu der Informationsvorlage und im Zusammenhang mit der Schadstoffbelastung im Innenstadtbereich. Wesentlicher Kern des Antrages ist, dass es in den vergangenen Jahren immer wieder Schadstoffüberschreitungen am Jahnplatz gegeben hat. Man möchte nicht von den Direktiven der Aufsichtsbehörden getrieben werden, sondern aktiv das Problem angehen. Man möchte die Verwaltung bitten, kurzfristige Maßnahmen zu entwickeln um die Schadstoffbelastung zu verringern. Langfristig soll daraus ein Handlungskonzept für die Neugestaltung des Verkehrsraumes auf dem Jahnplatz entwickelt werden.

Herr Julkowski-Keppler teilt ergänzend mit, dass im Rahmen der Planung der Linie 5 es auch Gutachten für die Verkehrsführung am Jahnplatz gegeben hat. Er hoffe, dass die Bezirksregierung keine Umweltzone einrichtet. Man möchte auf den Gutachten und den Aussagen der Innenstadtkonferenz aufbauen. Es muss auch die Beteiligung weiterer Akteure erfolgen. Er stelle fest, dass sich das Mobilitätsverhalten grundsätzlich geändert hat und bezweifelt, dass in 20 Jahren noch Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren durch die Innenstädte fahren.

Frau Pape befürwortet den Antrag und seine Ziele. Sie ist allerdings der Auffassung, dass die Vorgaben von 2 a-i die Prüfungsmöglichkeiten der Verwaltung einschränken.

Herr Heißenberg ist zuversichtlich, dass gute Ergebnisse mit dem Antrag erzielt werden können.

Herr Nolte begründet den Wunsch auf 1. Lesung damit, dass der Antrag in der Fraktion eingehend besprochen werden soll.

1. Lesung -

600 Bauamt, 15.02.2017, 51-32 27

An

360

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung.
i. A.

Ostermann

.